

## Niederschrift

über die **21.** Sitzung des **Hauptausschusses** am Dienstag, **15. Juni 2004, 16.00 Uhr**, im Sitzungssaal des Hauses **Burgstraße 8.**

Anwesend:	Dr. J. Korsten D. Busch R. Ebbinghaus H. Enneper K.-H. Fischer U. Hebrock E. Huckenbeck R. Kötter A. Müller  H. Nahrgang H. Römmler B. Rüggeberg R. Schäfer R. Schulte J. Weber A. Widua  L. Witasek	Bürgermeister als Vertr. f. R. Greif ab 16.05 Uhr, TOP 1 bis 17.25 Uhr, wrd. TOP 5 als Vertr. f. K. Haselhoff als Vertr. f. D. Graß  als Vertr. f. M. Grüterich als Vertr. f. D. Stark, bis 17.05 Uhr, wrd. TOP 4  als Vertr. für H. Enneper ab 17.25 Uhr wrd. TOP 5
Von der Verwaltung:	R. Meskendahl U. Butz N.-Ch. Schaffert D. Reuß R. Schmidt V. Bornewasser	Schritfführerin
Als Gast:	H. Wille vom Wupperverband	zu TOP 2

### **Tagesordnung:** **(Öffentlicher Teil)**

1. Niederschrift über die 20. Sitzung des Hauptausschusses vom 16.03.2004 (öffentlicher Teil)
2. Wasserrahmenrichtlinie  
hier: Bericht des Wupperverbandes
3. Neufassung der Satzung der Stadt Radevormwald über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst
4. Neufassung der Friedhofssatzung
5. Bericht des Kämmers über das Haushaltsgespräch mit der Kommunalaufsicht des Oberbergischen Kreises

6. Bürgeranregung  
hier: Eingabe der Liberalen Demokraten (LD), vertreten durch Herrn Günter Pröhl,  
vom 13.05.2004
7. Mitteilungen und Fragen

### **(Nichtöffentlicher Teil)**

8. Niederschrift über die 20. Sitzung des Hauptausschusses vom 16.03.2004  
(nichtöffentlicher Teil)
9. Niederschlagung von Forderungen
10. Mitteilungen und Fragen.

- - - - -

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt er Herrn Wille vom Wupperverband, der zu TOP 2 vortragen wird. Außerdem weist er auf drei Tischvorlagen hin, die verteilt wurden. Es handelt sich um eine Änderung zur Gebührensatzung der Feuerwehr und um Anfragen von Herrn Römmler und der CDU-Fraktion.

Herr Rüggeberg bittet unter TOP 7 um Berichterstattung zum „Wülfing-Projekt“. Er ist der Ansicht, dass hier der Hauptausschuss zu beraten hat, da es um finanzielle Angelegenheiten geht. Der Bürgermeister teilt mit, dass dieses Thema als Tagesordnungspunkt in der Sitzung des Bauausschusses behandelt wird.

### **1. Niederschrift über die 20. Sitzung des Hauptausschusses vom 16.03.2004 (öffentlicher Teil)**

---

Der Hauptausschuss nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

### **2. Wasserrahmenrichtlinie; hier: Bericht des Wupperverbandes**

---

Herr Wille, Vorstand des Wupperverbandes, geht auf den Gewässerschutz ein und trägt anhand von Folien ausführlich die Probleme der Gewässergüte vor. Die Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie werden derzeit nicht erfüllt.

Er teilt mit, dass Ausführungen im Internet des Wupperverbandes nachgelesen werden können, wie man mit der neuen Richtlinie umzugehen gedenkt.

Herr Müller fragt nach den Konsequenzen für Radevormwald und wie Wasserwirtschaft noch betrieben werden kann.

Herr Ebbinghaus vermisst in den Aussagen von Herrn Wille konkrete Ziele; es wurden vielmehr Verfahrensweisen vorgestellt. Ihn interessiert, welche Maßnahmen im Falle der Wupper, ähnlich wie für die Dhünn angedacht, vorgesehen sind und wann diese in Angriff genommen werden.

Herr Enneper teilt mit, dass man sich mit der Problematik auch bereits in den Gremien des Oberbergischen Kreises befasst hat und hier eine hohe Kostenbelastung für die Bürger befürchtet wird.

Herr Wille erläutert, dass mit der Umsetzung der Richtlinie eine Verbesserung der Wasserqualität erreicht werden soll. Es wird allerdings jedem Mitgliedsstaat überlassen, die qualitativen Vorgaben selbst zu bestimmen. Hier ist die Politik gefordert, welche die ökologischen Vorstellungen mit den ökonomisch machbaren in Einklang bringen muss.

Eine Beratung im Landtag NRW ist nach den Sommerferien vorgesehen. Nach Auffassung von Herrn Wille kann der Verband seine Vorstellungen bezgl. der Umsetzung nur über eine ausreichende Information der im Landtag vertretenen Fraktionen einbringen. Der Wupperverband sieht auch in der Wasser- und Abwasserwirtschaft weitere Belastungen auf die Kommunen und ihre Bürger zukommen und möchte deshalb Prioritäten gesetzt wissen.

Es wird in den nächsten Wochen eines intensiven Austausches zwischen dem Verband und seinen Mitgliedern bedürfen.

Herr Schäfer stellt fest, dass der Vorstand des Aggerverbandes die Dinge viel drastischer sieht als dies aus den Ausführungen von Herrn Wille hervorgeht.

Herr Wille geht davon aus, dass die Länder im Rahmen der Umsetzung auch entsprechende Gelder bereitstellen müssen und dann kann es zu keiner großen Belastung der Bürger kommen.

Die Frage von Herrn Ebbinghaus nach Renaturierungen der Gewässer in den 12 Bundesländern beantwortet Herr Wille dahingehend, dass kein Bundesland den geforderten guten Wasserzustand bis 2015 umsetzen wird, da dies nicht zu finanzieren ist.

Der Bürgermeister dankt Herrn Wille für seine Ausführungen. Ihm sei es gelungen, den Ausschussmitgliedern die Bedeutung dieses Themas näherzubringen.

### **3. Neufassung der Satzung der Stadt Radevormwald über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst**

---

Eine geänderte Tischvorlage liegt allen Ausschussmitgliedern vor.

Herr Reuß erläutert ausführlich. Die aktuelle Satzung war mit den Krankenkassen abgestimmt. Nachdem 2001 erneute Verhandlungen mit dem Ziel von Veränderungen aufgenommen wurden, signalisierten die Krankenkassen, dass ein deutlicher Überschuss von 1999 – 2001 erzielt werden konnte und darum keine Erhöhungen akzeptiert wurden. Ab 2002 ging die Anzahl der Krankentransporte erheblich zurück, so dass in den folgenden 2 Jahren ein leichtes Minus erwirtschaftet wurde. Ende 2003 fanden erneute Verhandlungen mit den Krankenkassen statt. Zielsetzung war es hauptsächlich, den prozentualen Anteil zwischen Rettungsdienst und Feuerwehr zu ändern in Richtung Rettungsdienst. Er geht auf Prozentzahlen für Einsatz des Personals im Rettungs- und Feuerwehrdienst näher ein.

Herr Ebbinghaus gibt zu bedenken, dass er das Ziel der Krankenkassen nachvollziehen kann, Teile der Kosten dem Feuerlöschwesen anzulasten. Von der Sache her ist dies für ihn jedoch unbegründet.

Herr Reuß entgegnet, dass dieses Argument Inhalt der umfangreichen Diskussion war. Radevormwald ist eine Kombinationswache. Es gibt hier bestimmte Richtlinien. Tatsache ist, dass die Mitarbeiter in den Leerlaufzeiten für den Bereich Feuerwehr tätig sind.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die Neufassung der Satzung der Stadt Radevormwald über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst in der vorliegenden Fassung mit den in der Tischvorlage aufgeführten Änderungen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

#### **4. Neufassung der Friedhofssatzung**

---

Der Bürgermeister trägt vor, dass die Verwaltung auf die Veränderungen des Landesbestattungsgesetzes reagiert. Einige hierin enthaltene Änderungen waren Anlass zu einem Gespräch mit den Kirchengemeinden, die hierzu eingeladen hatten. Erfreulicherweise herrschte bei diesem Gespräch Einvernehmen darüber, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Satzung auf dem städt. Friedhof akzeptiert wird. Die Kirchengemeinden lehnen diese Satzung für ihre Friedhof aus religiösen Gesichtspunkten ab. Im wesentlichen geht er auf folgende Punkte ein, die u.a. in die Änderung aufgenommen wurden:

- Einführung der Möglichkeit einer sarglosen Bestattung für religiöse Gruppen mittels eines Leichentuches
- Aschestreifelder sollen eingerichtet werden.
- Diese Streufelder dürfen allerdings nur benutzt werden, wenn der Verstorbene zu Lebzeiten eine entsprechende Verfügung erlässt.
- Ein sogenannter „Friedwald“ kann noch nicht errichtet werden, weil dieser Name noch durch die „Friedwald-GmbH“ gesetzlich geschützt ist.

Der Bürgermeister bittet, sich heute mit den satzungsmäßigen Regelungen auseinander zu setzen und nicht mit Detailfragen bezüglich der Umsetzung. Dieser Tagesordnungspunkt wird am Montag in der Bauausschuss-Sitzung ausführlich beraten.

Sowohl Herr Enneper für die CDU- als auch Herr Müller für die SPD-Fraktion erklären sich mit der Satzung einverstanden, da auch Einvernehmen mit den Kirchengemeinden besteht. Auch die AL-Fraktion stimmt seitens Herrn Ebbinghaus zu, obwohl man es bedauert, dass die Möglichkeit des „Friedwaldes“ noch nicht gegeben ist.

In diesem Zusammenhang möchte Herr Ebbinghaus wissen, ob es bezüglich der Ausweisung von Streufeldern zu einem dann geringeren Grünflächenanteil kommt und dies bei der Gebührenkalkulation berücksichtigt wird.

Herr Schaffert erläutert hierzu, dass ihm momentan keine klaren Regelungen bekannt sind, wie ein Streufeld, auch bezüglich der Größe, aussehen wird. Dies wird auch im Bauausschuss beraten. Es sind verschiedene Flächen vorgesehen, wobei man aber nicht davon ausgehen sollte, dass von dieser Bestattungsform viel Gebrauch gemacht wird.

Der Bürgermeister verweist auf die Beratungen im Bauausschuss und gibt an, dass diese Satzung im nächsten Jahr auch eine neue Gebührenkalkulation erhalten wird.

Auf verschiedene Fragen von Frau Huckenbeck teilt Herr Schaffert mit, dass die Bestattungsunternehmen die bestehenden Richtlinien anwenden, wie das bisher auch der Fall war und das in den Eingangsbereichen des Friedhofes Schilder mit den Öffnungszeiten angebracht werden. Daraus geht klar hervor, dass man sich nicht zu jeder Zeit auf dem Friedhof aufzuhalten hat. Der Bürgermeister erläutert hierzu noch, dass der Begriff „Ordnungswidrigkeiten“ aufgenommen wird, um eine rechtliche Handhabe zu haben, damit die Kommune bei angezeigtem Handlungsbedarf tätig werden kann.

Weiter teilt der Bürgermeister auf Anfrage von Herrn Schäfer mit, dass eine Mustersatzung vom Städte- und Gemeindebund erarbeitet und diese übernommen und geändert wurde, dass sie auf die Stadt Radevormwald anwendbar ist.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die Neufassung der Friedhofssatzung für den Kommunalfriedhof.

**Abstimmungsergebnis:** 14 Ja-Stimmen (7 CDU, 4 SPD, 1 FDP, 1 AL, 1 Bürgerm.)  
1 Enthaltung (UWG)

## **5. Bericht des Kämmers über das Haushaltsgespräch mit der Kommunalaufsicht des Oberbergischen Kreises**

---

Herr Meskendahl berichtet ausführlich über sein Gespräch bei der Kommunalaufsicht am 4. Mai 2004. Schwerpunkt war die aktuelle Haushaltssituation. Es wurde festgestellt, dass die für Radevormwald wichtigsten Einnahmen, nämlich die Realsteuern, so eingegangen sind, wie sie auch veranschlagt wurden. Weiteres Thema waren die freiwilligen Ausgaben, die so akzeptiert wurden, wie sie der Haushaltssatzung 2004 zugrunde lagen.

Bei der Sicherungsmaßnahme Wülfing vertritt die Kreisverwaltung den Standpunkt, dass diese Maßnahme für die Stadt Radevormwald von enormer Bedeutung ist, und man von Zeit zu Zeit über den Stand informiert werden will. Es werden daher weniger Zuschüsse fließen, was bedeutet, dass die bereitstehenden Mittel für die Sanierung nicht ausreichen. Es gibt Gespräche mit dem Regionalbüro und der Bezirksregierung. Die dringendsten Sanierungsarbeiten bei Wülfing sollen vernünftigerweise in einem Arbeitsaufwand erledigt werden. Wie es dann weitergeht, muss die Haushaltssituation und weitere Gespräche ergeben.

Ferner teilt Herr Meskendahl mit, dass für das Freizeitbad aquafun beabsichtigt ist, wieder einen steuerlichen Querverbund herzustellen und die Betriebsform zu ändern, damit Einsparungen erzielt werden können. Das Stammkapital soll nicht weiter aufgezehrt werden. Von der Kreisverwaltung wurde dies positiv bewertet. Er ist optimistisch für eine Genehmigung seitens der Aufsichtsbehörde, da es keine andere Alternative zur Einsparung gibt.

Weiter geht er auf die Personalsituation ein und teilt mit, dass momentan keine Möglichkeit einer Beförderung im Beamtenbereich besteht. Allerdings ist mitgeteilt worden, dass es beim Innenministerium Überlegungen darüber gibt, hier etwas großzügiger zu verfahren. Man ist überzeugt, dass dies bis Ende des Jahres mit einer Art Budgetierung verwirklicht werden kann. In diesem Falle hätte man dann für Beförderungen, soweit sie die Personalausgaben nicht überschreiten, mehr Bewegungsfreiheit.

Ferner geht Herr Meskendahl noch auf die Prioritätenliste ein. Diese Liste ist inzwischen freigegeben worden.

## **6. Bürgerantrag**

**hier: Eingabe der Liberalen Demokraten (LD), vertreten durch Herrn Günter Pröhl, vom 13.05.2004**

---

Der Bürgermeister erläutert hierzu und trägt vor, dass der Städte- und Gemeindebund darauf hinweist, dass die beantragte Beauftragung an Mitglieder höherer Gremien nicht zulässig ist und diesem Antrag nicht gefolgt werden sollte.

Der Hauptausschuss beschließt, der Eingabe der Liberalen Demokraten nicht zu folgen.

**Abstimmungsergebnis:** 1 Ja-Stimme (AL)  
14 Nein-Stimmen (7 CDU, 4 SPD, 1 UWG, 1 FDP, 1 Bürgerm.)

## **7. Mitteilungen und Fragen**

---

### **a) Anfrage von Herrn Römmler zur weiteren Vorgehensweise bezgl. des „aquafun“**

Herr Meskendahl geht auf die Anfrage ein und berichtet über die ersten Kontakte zur Kommunalaufsicht im Zuge des Haushalts-Gespräches 2004. Danach zeigte man sich sehr interessiert an der von der Stadt beabsichtigten Vorgehensweise. Anl. des kommenden „Anzeigeverfahrens“ werde man die Maßnahme positiv begleiten.

Gespräche mit den Stadtwerken haben im Ergebnis dazu geführt, dass jetzt zunächst die verbindliche Auskunft beim Finanzamt Wipperfürth bezüglich der Anerkennung des steuerlichen Verbundes eingefordert werden soll, um danach bei positivem Ausgang des Verfahrens die Verhandlungen mit den Stadtwerken und der RWE/Rhein-Ruhr AG zu führen. Da die Gespräche voraussichtlich noch nicht bis zur nächsten Ratssitzung am 13.07.2004 abgeschlossen sein werden, deutet Herr Meskendahl eine mögliche weitere Sitzung des Ausschusses für Eigenbetriebe und Beteiligungen und des Rates für Anfang September an. Grund hierfür ist die Tatsache, dass die Anträge auf Eintragung im Handelsregister so rechtzeitig gestellt werden müssen, dass die Eintragung bis 31.12.2004 erfolgt ist. Andernfalls können die steuerlichen Vorteile nicht mehr für das Jahr 2005 erreicht werden.

Die Frage von Herrn Ebbinghaus beantwortet Herr Meskendahl dahingehend, das mit dem Wirtschaftsprüfer, dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Geschäftsführer der Stadtwerke die Angelegenheit besprochen wurde, mit RWE jedoch noch nicht.

Weiter möchte Herr Ebbinghaus wissen, ob mit der Aufsichtsbehörde beim Kreis auch über die RWE zuzugestehende Mindestrendite gesprochen wurde. Hierzu erklärt der Bürgermeister, dass Einzelheiten noch nicht besprochen sind.

### **b) CDU-Antrag vom 10.06.2004**

Der Bürgermeister teilt im Allgemeinen die Auffassung des Antrages. Er bittet jedoch, diesen Punkt im nichtöffentlichen Teil näher zu behandeln.

Die CDU-Fraktion ist damit einverstanden.

### **c) Wahllokal**

Herr Schulte gibt an, dass ihm Klagen von Anwohnern im Wahlbezirk Rädereichen zugetragen wurden, nach dem das neue Wahllokal von Martin & Zavagno im Gewerbegebiet zu weit entfernt ist. Er fragt nach anderen Möglichkeiten.

Herr Meskendahl sagt verwaltungsseitig eine Klärung der Angelegenheit spätestens bis zur nächsten Sitzung des Wahlausschusses zu.